

Von: [Redacted] 

Betreff: [Redacted]

Datum: 22. Juni 2020 um 21:56  
An: Ingrid.Balle@magistrat.bremerhaven.de, Christina.Mahlstedt@magistrat.bremerhaven.de, IA6@bmjv.bund.de, IIB2@bmjv.bund.de

Kopie: [Redacted]

Sehr geehrte Frau Balle,

sehr geehrte Frau Mahlstedt,

in der Anlage übersende ich Ihnen im Nachgang des Hilfeplangespraches im Fall [Redacted] vom 17.06.20 das verabredete Protokoll des HPG sowie meine rechtliche und psychologische Stellungnahme zur systematischen Nichtanwendung der UN-BRK sowie der Europäischen Opferschutzrichtlinie durch den Magistrat der Stadt Bremerhaven. Bitte beachten Sie die Ihnen gesetzten Fristen, damit zur Abwendung weiterer rechtswidriger Gesundheitsschädigungen des kleinen [Redacted] durch den Magistrat der Stadt Bremerhaven nunmehr endlich die Beschulung im Rahmen des § 29 SGB IX aufgenommen werden kann.

Da Ihnen die Europäische Opferschutzrichtlinie im HPG unbekannt war, und wohl im Hinblick darauf ein behinderter 8-Jahre alter Junge von Ihrer Ortspolizei in den letzten 6 Wochen gleich 3 Einladungen zu Disziplargesprächen von Ihrem heilpädagogisch kompetenten Ortspolizisten Glahn erhalten hat, offensichtlich um die Mutter dahingehend zu disziplinieren, die Ansprüche ihres Sohnes aus dem SGB IX gegen den Magistrat der Stadt Bremerhaven nicht weiter zu verfolgen, werfen Sie bitte als zuständiger ASD mal einen Blick ins Gesetz, damit Sie dem Jungen zukünftig gemäß § 3 I SGB IX i.V.m. § 10 Nr. 1 SGB I den Schutz aufgrund seiner Behinderung zukommen lassen können, der ihm gesetzlich zusteht:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32012L0029&from=EN>

Die in meinem Schreiben erwähnten Informationen zum Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen die Bundesrepublik wegen Verstöße gegen die Opferschutzrichtlinie finden Sie hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/20190725-vertragsverletzungsverfahren\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190725-vertragsverletzungsverfahren_de)

Und die UN-BRK als zwingendes Bundesrecht im Fall [Redacted] hier: <https://www.behindertenrechtskonvention.info>

In der Anlage beachten Sie bitte zudem die von Frau [Redacted] selbst gestellten Anträge zum Persönlichen Budget für Freizeit sowie den aktuellen DSGVO-Antrag.

Ich bitte um kurzfristige Terminierung des runden Tisches aus Ortspolizei Bremerhaven, ASD, der Kindesmutter, dem Sozialdezernenten des Magistrates der Stadt Bremerhaven sowie dem neuen Landesbehindertenbeauftragten Bremen und behalte mir eine Strafanzeige gegen Ortspolizisten Glahn wegen rechtswidriger Diskriminierung und Nötigung Behinderter ausdrücklich vor. Die rechtlichen Anspruchsgrundlagen, aus denen der ASD zur Terminierung dieses runden Tisches gesetzlich verpflichtet ist, entnehmen Sie bitte meiner Stellungnahme.

Beste Grüße / Kind regards

